

Antrag

auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach Kanzleisitzverlegung (§ 27 Abs. 3 BRAO)

**An den
Vorstand der
Rechtsanwaltskammer
Bruchtorwall 12
38100 Braunschweig**

Antragsteller/in (Name, Vornamen, ggf. auch Geburtsname)	
Bisherige Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Tagsüber erreichbar unter: Tel: Fax: E-Mail.
Bisherige Kanzlei (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Geburtsdatum und -ort	

Ich war bisher Mitglied der Rechtsanwaltskammer

.....
und beantrage als Folge der Verlegung meines Kanzleisitzes die Aufnahme in die
Rechtsanwaltskammer

Ergänzend beziehe ich mich auf die Angaben in dem beiliegenden Fragebogen.

(Hinweis an die Kammern im Bereich des Anwaltsnotariates: Mitteilungspflicht
an die Landesjustizverwaltungen gemäß § 27 Abs. 3 S. 5 BRAO beachten!)

Meinen Wohnsitz werde ich nach meiner Kanzleiverlegung

beibehalten.

nehmen in

(Straße, Hausnummer, Ort)

Meine Kanzlei habe ich eingerichtet in:
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

bei _____

an meinem Wohnsitz.

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel:

Fax:

E-Mail:

Gegebenenfalls ausfüllen, sonst bitte streichen

Ich werde eine Zweigstelle unterhalten in:

Die dortigen Telekommunikationsdaten sind:

Tel:

Fax:

E-Mail:

Ich werde unverzüglich die für diesen Ort zuständige Rechtsanwaltskammer unterrichten (§ 27 Abs. 3 BRAO).

Ich unterhalte eine Vermögensschadensversicherung zu der
Policen-Nr. _____
bei der _____.

Die Versicherung ist von mir am _____ über den Kammerwechsel informiert worden.

Ort und Datum

Unterschrift

Fragebogen

Merkblatt für Rechtsanwaltsbewerber, die eine nichtanwaltliche Tätigkeit ausüben

Die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist gemäß § 7 Nr. 8 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) zu versagen oder kann widerrufen werden, wenn eine Tätigkeit ausgeübt wird, die mit dem Beruf des Rechtsanwalts, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann.

Diese Bestimmungen sind mit dem Grundgesetz vereinbar (BVerfG NJW 1993, 317). Das BVerfG hat in diesem Beschluss auch die entscheidenden Auslegungsmerkmale für die zitierten Vorschriften genannt:

- Grundsätzlich sind andere Erwerbstätigkeiten neben dem Rechtsanwaltsberuf zulässig.
- Unzulässig ist eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, die mit der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben und einer Vertretung nach außen verbunden ist. Gegen eine wissenschaftliche Mitarbeit an der Universität bestehen im Allgemeinen keine Bedenken.
- Im Übrigen ist die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu versagen, wenn sich die Gefahr einer Interessenkollision deutlich abzeichnet und dieser nicht durch Berufsausübungsregeln begegnet werden kann. Dies hat der Bundesgerichtshof zum Beispiel für den Versicherungsmakler angenommen (NJW 1995, 2357).
- In jedem Fall muss der Rechtsanwalt rechtlich und tatsächlich die Möglichkeit, das heißt insbesondere genügend Zeit für eine nennenswerte und nicht nur gelegentliche Beratungs- und Vertretungstätigkeit haben.

Damit die Vereinbarkeit der anderweitigen Tätigkeit mit dem Beruf des Rechtsanwalts geprüft werden kann, muss diese Tätigkeit im Einzelnen beschrieben werden. Es muss darüber hinaus dargelegt werden, in welchem Umfang Sie durch diese Tätigkeit zeitlich in Anspruch genommen werden. Wir bitten Sie, den Anstellungsvertrag und eine Freistellungsbescheinigung des Arbeitgebers für jede anwaltliche Tätigkeit beizufügen (§ 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO).

Nach § 56 Abs. 2 Nr. 1 BRAO sind Sie auch verpflichtet, dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer unverzüglich anzuzeigen, dass Sie ein Beschäftigungsverhältnis eingehen, oder dass eine wesentliche Änderung eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses eintritt.

Bitte zurücksenden an:

Rechtsanwaltskammer Braunschweig
Bruchtorwall 12
38100 Braunschweig

**Einzugsermächtigung betreffend Gebühr
für die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer
gemäß § 27 Abs. 3 BRAO**

Hiermit ermächtige ich den Vorstand der Rechtsanwaltskammer Braunschweig,
die Zulassungsgebühr in Höhe von 100,- Euro für den Aufnahmeantrag von
Rechtsanwältin / Rechtsanwalt.....

(Bitte Vor- und Nachnamen in Druckbuchstaben)

von dem Bankkonto

Bankinstitut:

Kontonummer:

BLZ:

Kontoinhaber:

einanzuziehen.

....., den

.....
Unterschrift des Kontoinhabers